

Der deutsche koloniale Gedanke

Vortrag
des deutschen Botschafters
Herrn Dr. Solf

gehalten am 27. April 1924
in der Deutschen Kolonial-
gesellschaft, Abt. Hamburg



S

17

9379

Deutsche Kolonial-Bibliothek

Wie der Herr Vorredner, mein alter Freund und Weggenosse samoanischen Angedenkens, Herr Riedel, richtig ausgeführt hat, ist es für mich in der Tat eine glückliche Fügung des Schicksals, daß es mir vergönnt ist, in der Heimat zu weilen, gerade zu einer Zeit, in der das deutsche Volk sich jener Bestrebungen erinnert und sie durch alle deutschen Gaue feiert, die vor 40 Jahren den Fürsten Bismarck dazu geführt haben, den Grundstein zur deutschen Kolonialpolitik zu legen. Daß ich von den mannigfachen festlichen Veranstaltungen die Erinnerungsfeier der Hamburger mitmachen darf, ist mir eine ganz besondere Freude, und ich bin dankbar für die Ehre, daß ich in der Hochburg deutscher Kolonialinteressen und des Auslandsdeutschtums überhaupt die Festrede halten darf.

Seit mehr denn einem Vierteljahrhundert gehört es zu meinen vornehmsten Pflichten, über die weit verzweigten Interessen der Hanseaten im Ausland zu wachen und sie mit allen meinen Kräften zu fördern. Ehemals als Gouverneur in der Südsee und als Leiter der Kolonialverwaltung, jetzt als deutscher Botschafter in einem Lande, in dem ich wiederum hamburgische Kaufherren als Pioniere des deutschen Überseehandels und als Vertreter des Standes schätzen gelernt habe, der seit Urväterzeiten Zufriedenheit und Wohlstand unter die Völker der Welt gebracht hat. Ich weiß nicht, wieweit denjenigen unter Ihnen, verehrte Damen und Herren, die nicht dem Kaufmannsstande angehören, bewußt ist, mit welchen schier unüberwindlichen Schwierigkeiten der deutsche Kaufmann unserer Tage im Auslande zu kämpfen hat, ganz besonders in den Ländern unserer Friedensgegner. Die Kaufleute sind deswegen die besten Sachverständigen für die Beurteilung der Anomalie, die darin liegt, von einem Volke überspannte Leistungen zu verlangen und gleichzeitig seine natürlichen und traditionellen Einnahmequellen zu verstopfen. Zu diesen natürlichen Einnahmequellen gehören neben den abgetrennten und vergewaltigten Gebieten die jetzt liquidierten Vermögen der Auslandsdeutschen und die ohne Gegenleistung uns abgesprochenen Kolonien.

Meine Damen und Herren, die heutige Feier hat doppelten Sinn und Inhalt: einmal wollen wir dankbaren Herzens des Mannes gedenken, dessen gigantisches Steinbild zum Wahrzeichen dieser freien und Hansestadt geworden ist, zum andern wollen wir uns die Frage vorlegen, ob und mit welchem Grade der Berechtigung wir trotz alledem hoffnungsfroh in die Zukunft blicken dürfen und damit rechnen können, daß auch Deutschland wieder mitarbeitet an der der Kulturmenschheit gestellten Aufgabe der Erschließung Afrikas und an der gemeinschaftlichen Lösung der mannigfaltigen Probleme kolonialer Verwaltung. Daß kein Deutscher mit tieferem Schmerz als ich den Verlust unserer Kolonien betrauert und sehnsüchtig mit allen Kolonialfreunden auf eine bessere Zeit hofft, brauche ich den Hamburgern nicht zu versichern. Ich halte es aber der guten Sache wegen für richtig, unsere Wünsche und Hoffnungen vorsichtig zu formulieren. Einem Volk, das in erster Linie für die Sicherheit im Lande sorgen und gegen Verarmung kämpfen muß, steht die ungestüme Geste nicht wohl an.

Meine Damen und Herren, in einem Teil der uns feindlichen Presse des Auslandes ist folgende Frage aufgeworfen worden: „Wenn Deutschland den Krieg gewonnen hätte, würde dann auch nur eine einzige britische, belgische oder französische Kolonie unannektiert geblieben sein? Ich glaube, daß die Beantwortung dieser Frage zu meiner Zuständigkeit gehört, denn ich war während des Krieges Leiter des Reichskolonialamts und als solcher verantwortlich für die kolonialen Forderungen Deutschlands für den Friedensschluß. Wenn jemand behauptet, Deutschland hätte derartig weitgehende Annexionsabsichten gehabt, so ist das gleichbedeutend mit der Behauptung, ich hätte ein solches Programm aufgestellt. Mit allem Nachdruck muß ich hierzu erklären, daß ich derart habgierige und zugleich utopische Forderungen niemals erhoben habe. Ich gebe zu, daß von privater Seite, namentlich in der ersten Zeit des Krieges, als die gewaltigen Erfolge unserer Truppen einen baldigen siegreichen Ausgang erhoffen ließen, auch koloniale Erwerbungen gefordert worden sind.

Die deutsche Regierung hat aber derartige Forderungen sich niemals zu eigen gemacht. Ich bin mit dem damaligen Reichskanzler von Bethmann-Hollweg über unser koloniales Kriegsziel vollkommen einer Meinung gewesen. Unser koloniales Programm war von Anfang an klar und einfach: Wir erstrebten die Erhaltung des vorhandenen Kolonialbesitzes und seine Ausgestaltung zu einem wirtschaftlich leistungsfähigen Ge-

bilde. Gleichzeitig wollten wir der künftigen Gefährdung des europäischen Friedens entgegenwirken, die wir in der von den Gegnern, besonders von den Franzosen geplanten Militarisierung Afrikas erblickten.

Daß wir die Perle der Südsee, Samoa, verloren haben und Neu-Guinea nebst den kleinen Inseln des Archipels, wird in Hamburg ganz besonders schmerzlich empfunden. Wie die Gedanken aber zollfrei sind, so sind es auch Hoffnungen. Ich halte es nicht für utopisch, auch in der Südsee an gewisse Zukunftsmöglichkeiten für uns zu denken. Es scheint mir jedoch weiser, stets daran zu denken und nicht davon zu reden.

Wer Deutschland imperialistische und militärische Absichten auf kolonialen Gebiete zuschreibt, verkennt den Geist der deutschen Kolonialpolitik und tut den geschichtlichen Tatsachen Zwang an. Schon die Entstehungsgeschichte des kolonialen Gedankens in Deutschland und seine langsame, allmähliche Entwicklung zeigt, daß nicht ehrgeiziger Tatendrang, nicht der Wunsch nach Machtentfaltung die deutsche Regierung dazu geführt hat, aktive Kolonialpolitik zu treiben. Zögernd nur hat Bismarck sich vor nunmehr 40 Jahren zu diesem Schritt entschlossen. Wenn Sicherheit bestanden hätte, daß der damals noch nicht vergebene Teil der Kolonialgebiete dem internationalen Handel offen geblieben wäre, so wäre es zu diesem Schritte vielleicht überhaupt nicht gekommen. Die Tatsachen zeigten aber, daß diese Sicherheit nicht bestand. So nötigte die Sorge um die Verantwortung für die Zukunft eines an Kopffzahl und an wirtschaftlicher Kraft mächtig anwachsenden Volkes die Reichsregierung dazu, Gebiete Zentralafrikas und der Südsee unter den Schutz der deutschen Flagge zu stellen. Dabei war Deutschland sorgfältig bemüht, bestehende Rechte und Interessen anderer Staaten nicht zu verletzen. Fürst Bismarck wie auch die späteren verantwortlichen Leiter der deutschen Politik haben oft genug betont, wie wertvoll ihnen die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu den kolonialen Nachbarn sei, und daß diese guten Beziehungen durch Differenzen auf kolonialen Gebiete nicht getrübt werden sollten. Zum Beweise hierfür darf ich an Bismarcks Verhalten gegenüber den französischen Wünschen in Nordafrika und den Kolonialzielen König Leopolds von Belgien erinnern, denen der Fürst von Anfang an die größte Förderung angedeihen ließ. Die Sicherung eines weiten Freihandelsgebietes in Zentralafrika, die durch die Kongo-Akte, dieses großartige Vertragswerk, dessen geistiger Vater und Taufpate Bismarck war, erreicht worden ist,

schien ihm fast gleichwertig mit dem Erwerb eigener Kolonien. Kein Land hat so peinlich wie Deutschland die Erfüllung der Bestimmungen dieses Vertrages durchgeführt. Für die deutschen Kolonien, sogar für die außerhalb des Kongobeckens liegenden, galt Freiheit des Handels und der wirtschaftlichen Betätigung. Dieses gegenseitige Gewährenlassen hätte Bismarck gern auch auf andere Kolonialgebiete ausgedehnt.

Deutschlands militärische Schutzmaßnahmen in seinen Kolonien waren ausschließlich nach dem Gesichtspunkte bemessen, daß sie lediglich zur Unterdrückung von Aufständen und zur Bekämpfung des Sklavenhandels ausreichen sollten.

Das waren die allgemeinen Richtlinien der deutschen Kolonialpolitik, die ich bei meinem Amtsantritt als Staatssekretär des Reichskolonialamts vorfand, unter denen ich groß geworden war und an denen ich festgehalten habe. Meine während des Krieges in verschiedenen Reden ausgeführten Gedanken über Deutschlands Kolonialpolitik und seine kolonialen Kriegsziele bewegten sich auf der gleichen Linie. Kolonialpolitik zu treiben, habe ich stets für eine gemeinsame, hohe Aufgabe aller Kulturstaaten betrachtet. Nach meiner auch jetzt unveränderten Auffassung bedeutet aktive Kolonialpolitik nicht allein die Ausbeutung tropischer und überseeischer Länder, nach Maßgabe der Bedürfnisse des Mutterlandes, sondern Mitarbeit an der Pflicht, die Eingeborenen intellektuell und moralisch zu erziehen, die Voraussetzung zu schaffen für ihre wirtschaftliche Weiterentwicklung und ihnen behilflich zu sein, zu einer höheren Gesittung emporzusteigen.

Zur Durchführung dieses hohen sittlichen Programms bin ich eingetreten für eine gerechte Verteilung der Kolonialgebiete Afrikas unter die Kulturstaaten. Die meisten Völkerschaften Zentralafrikas sind für ein Selbstbestimmungsrecht noch nicht reif. Deshalb schien mir der Versuch, diese Völker ohne Aufsicht zu lassen, sich selbst zu organisieren, gleichbedeutend mit dem Zurückstoßen in die chaotischen Zustände, in denen sie sich vor Einsetzen der modernen Kolonisation gegenseitig aufrieben. Deswegen habe ich an der Verteilung Afrikas unter die europäischen Staaten festgehalten. Nicht ein Selbstbestimmungsrecht, aber ein Selbstzweckrecht haben nach meiner Auffassung die Eingeborenen, d. h. sie haben den Anspruch von den höherentwickelten Rassen jederzeit als Zweck und nicht bloß als Mittel, als *corpus vile* für unsere Erwerbsabsichten betrachtet zu werden. Europas

ureigenstes Interesse erfordert die gesunde Entwicklung der afrikanischen Volksstämme, deren Arbeitskraft das erschöpfte Europa zur Gewinnung der von ihm dringend benötigten Rohprodukte bedarf. Egoistischen Raubbau an Land und Leuten, Ausnutzung der Eingeborenen zu militärischen Zwecken habe ich bekämpft und gefordert, daß bei der gerechten Verteilung der tropischen Gebiete diejenigen Länder bevorzugt werden sollten, die bewiesen haben, daß sie die Menschheit auch in den Farbigen achten. Maßstab für die gerechte Verteilung der Kolonialgebiete sollte daneben, unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftspolitik, das Verhältnis der Bedürfnisse und wirtschaftlichen Leistungen, und vom Standpunkt der Kulturpolitik, die Leistungsfähigkeit der einzelnen Staaten auf kulturellem Gebiet sein. Eine nach solchen Gesichtspunkten erfolgende Auseinandersetzung würde eine Gleichgewichtslage auf kolonialem Gebiete schaffen, die künftige Konfliktsmöglichkeiten beseitigt und damit dem ersehnten Weltfrieden dient.

Eingetreten bin ich ferner für eine allgemeine Freiheit des Handels und der wirtschaftlichen Betätigung für das ganze tropische Afrika, also für einen Ausbau der von Bismarck angeregten Kongo-Akte. Denn es schien fraglich, ob die Abschließung der Kolonien allein für die mutterländischen Interessen, zu einem Zustand der Weltberuhigung und des Interessenausgleichs führen könnte. In einem solchen Interessenausgleich sah ich aber die Voraussetzung für die Dauerhaftigkeit des Weltfriedens.

Offene Tür verlangte ich ferner für die kulturelle Betätigung, wobei ich auf die Arbeit der Missionare Wert legte, deren Supranationalität ich durch zweifelsfreie Formulierung dem internationalen Recht als allgemeine Norm bei Friedensschluß einzuverleiben hoffte.

Ferner forderte ich weiteren Ausbau bestimmter Grundlinien der Verwaltung der Einzelkolonien, wie der Bekämpfung des Sklavenhandels, des Branntweinhandels, der verheerenden Volks- und Tierseuchen, der Abgabe von Feuerwaffen an Eingeborene u. a.

Gemeinsam sollten auch die großen Aufgaben auf dem Gebiete der Verkehrspolitik sein; ich dachte dabei an besondere Regelungen für die Schiffbarmachung und Erhaltung der großen afrikanischen Ströme und an eine allen Interessen dienende einheitliche Eisenbahn- und Verkehrsstraßenpolitik.

Mit ganz besonderer Wärme bin ich stets für die Neutralisierung Afrikas und für Rüstungsbeschränkungen in den Kolonien eingetreten. Die Richtigkeit meiner diesbezüglichen Ausführungen beim Ausbruch des Krieges über die ungeheure Gefahr, die der weißen Rasse

durch eine Militarisierung der afrikanischen Völker erwachsen würde, wird jetzt auch von uns früher feindlichen Ländern erkannt.

Schließlich habe ich die Bereitwilligkeit erklärt, an dem Ausbau einer Organisation mitzuarbeiten, deren Aufgabe es ist, die Beobachtung der erwähnten erstrebenswerten Abmachungen durch die beteiligten Kolonialstaaten zu gewährleisten.

Ich war mir bewußt, daß durch ein solches Kontrollorgan eine gewisse Beschränkung des Spielraums der freien Tätigkeit der einzelnen Beteiligten eintreten müsse. Für Deutschland habe ich ohne Bedenken erklärt, daß wir dies in Kauf nehmen würden. Nur so glaubte ich, dem großen Ziel, dem alle europäische Kolonisation in Afrika zustreben müsse, näherzukommen, nämlich der Entwicklung einer höheren, bodenständigen Kultur der eingeborenen Völker in Verbindung mit der Nutzbarmachung der tropischen Produktivkräfte für Europa. Als Zukunftsideal schwebte mir dabei vor, daß das tropische Afrika allmählich den Charakter einer gemeinschaftlichen Kolonie der europäischen Staaten einnehmen würde, in der die Besitzer der Einzelkolonien zu Treuhändern der Gemeinschaft würden.

Das waren die großen Richtlinien meiner für den Frieden angemeldeten Kolonialpolitik, die Ideale, die mir und meinen Mitarbeitern für eine europäische Kolonisation Afrikas stets vorgeschwebt haben. Ich habe diese Gedanken in Wort und Schrift in den langen Jahren des Krieges verbreitet und sie in einem Buch betitelt: „Kolonialpolitik“ zusammengefaßt. Dieses mein kolonialpolitisches Testament ist geschrieben worden vor der Veröffentlichung des Versailler Diktats. Sie werden mir zugeben, daß meine Gedanken sich mit den einst so hoffnungsvoll erscheinenden Zusagen des fünften der Wilsonschen Punkte vereinigen lassen. Dieser Punkt 5 lautete: „Eine freie weitherzige und unbedingt unparteiische Schlichtung aller kolonialen Ansprüche, die auf einer genauen Beobachtung des Grundsatzes fußt, daß bei der Entscheidung aller derartiger Souveränitätsfragen die Interessen der betroffenen Bevölkerung ein ebensolches Gewicht haben müssen, wie die berechtigten Forderungen der Regierung, deren Rechtsanspruch bestimmt werden soll.“

Wir durften also, nach Sinn und Wort dieses Punktes, im Vertrauen auf unser gutes Recht und gestützt auf unsere kolonialen Leistungen, eine günstige Lösung der kolonialen Frage in Versailles erwarten. Die Hoffnung schlug fehl, wie viele andere! Das Versailler Diktat verlangte den Verzicht Deutschlands auf seinen

gesamten überseeischen Besitz. Damals habe ich meinem kolonialpolitischen Testament ein Kodizill hinzugefügt, indem ich unter Hinweis auf das uns geschehene Unrecht den Erben des kolonialen Gedankens die Verpflichtung auferlegte, die koloniale Idee hochzuhalten, den Glauben an die Zukunft nicht zu verlieren und dafür zu sorgen, daß der koloniale Gedanke Gemeingut der breitesten Schichten des Volkes werde! Was ich damals geschrieben, vertrete ich noch heute.

Wie können wir nun die Wünsche praktisch der Erfüllung nahe bringen? Wie können wir den kolonialen Gedanken hegen und pflegen? Meine Damen und Herren, es gibt viele Möglichkeiten: Unterstütze jeder nach seinen Kräften die Bestrebungen der mannigfachen Kolonialverbände. In den Lehrplan der Schulen sollte die Geschichte unserer Kolonien aufgenommen werden. Die Jugend soll die heldenhaften Leistungen unserer Brüder in Afrika nicht vergessen. Die Universitäten sollten Lehrstühle haben für Kolonialwesen, Kolonialrecht und Kolonialgeschichte. Jeder einzelne sollte sich mit unserer reichhaltigen Kolonialliteratur beschäftigen; auch die Lichtbilder sollten ihren Teil zur Belehrung beitragen.

Inzwischen sind zahlreiche Veröffentlichungen erfolgt, die uns in der Frage der Verteilung der deutschen Kolonien unter unsere Friedensgegner klarer sehen lassen als damals. Wir wissen jetzt, daß die deutschen Kolonien längst vor dem Versailler Diktat unter die Siegerstaaten verteilt waren auf Grund von geheimen Verträgen, die während des Krieges für gegenseitige Hilfeleistung geschlossen waren. Für die Siegerstaaten kam es in dem Friedensvertrag lediglich darauf an, ihren vorherigen Abmachungen die richtige äußere Form zu geben. Hierzu diente das Mandatssystem. Die Siegerstaaten erhielten Deutschlands Kolonien! Und weil das ja keine Annektion war, sondern die Uebernahme einer onerosen Pflicht zu humanitären Leistungen, erhielten sie die Kolonien umsonst! Der amerikanische Staatssekretär, Mr. Lansing, einer der Hauptteilnehmer an den Verhandlungen in Versailles, sagt zu diesem Erwerbstitel wörtlich: „Wenn die Advokaten des Mandatssystems den Anschein vermeiden wollten, als nehmen sie feindliches Gebiet als Kriegsbeute, so war dies ein Unterschlupf, der aber niemand täuschte.“ Ähnlich und noch deutlicher hat Renaudel in der französischen Kammer ausgeführt, daß das System des Mandats keinen anderen Zweck habe, als ohne zuviel offenkundige Gewissensbisse sagen zu können: „Wir wollen Deutschland aller Teile seines Kolonialreiches berauben.“ Auch

sonst ist in der Literatur und in der Presse der Entente wiederholt ausgesprochen worden, daß die Form des Mandats einer Annexion ziemlich gleichkomme.

Meine Damen und Herren, wir haben uns gegen die kolonialen Bestimmungen des Friedensvertrages aufgelehnt. Wir haben uns auf den rechtmäßigen Erwerb unserer Schutzgebiete und auf die Notwendigkeit berufen, für Deutschland eigenen Kolonialbesitz zu haben, als Rohstoffbezugsgebiet einerseits, als Absatzgebiet und Siedlungsland andererseits. Unsere Gegner haben die Bemerkungen der deutschen Friedensdelegation verworfen und in der Mantelnote sowohl wie in einer späteren Note die an sich unverständlichen Bestimmungen des Friedensvertrages über die deutschen Kolonien zu begründen versucht. Meine Damen und Herren, es wird eine Zeit kommen, in der die Mächte der Entente sich des Wortlauts und Inhalts dieser Mantelnote schämen werden. Es steht darin folgendes: „Die alliierten und assoziierten Mächte haben sich davon überzeugen können, daß die eingeborenen Bevölkerungen der deutschen Kolonien starken Widerspruch dagegen erheben, daß sie wieder unter Deutschlands Oberherrschaft gestellt werden, und die Geschichte dieser deutschen Oberherrschaft, die Traditionen der deutschen Regierung und die Art und Weise, in welcher diese Kolonien verwandt wurden als Ausgangspunkte für Raubzüge auf den Handel der Erde, machten es den alliierten und assoziierten Mächten unmöglich, Deutschland die Kolonien zurückzugeben oder dem Deutschen Reiche die Verantwortung für die Ausbildung und Erziehung der Bevölkerung anzuvertrauen.“

In der Anlage zur Mantelnote heißt es ergänzend dazu:

„Bei dem Verlangen, daß Deutschland allen Rechten und Ansprüchen auf seine überseeischen Besitzungen entsage, haben die alliierten und assoziierten Mächte in allererster Linie die Interessen der eingeborenen Bevölkerungen berücksichtigt, für die Präsident Wilson im fünften seiner 14 Punkte der Botschaft vom 8. Januar 1918 eingetreten ist. Es genügt, auf die deutschen amtlichen und privaten Zeugnisse vor dem Kriege und auf die im Reichstag erhobenen Anklagen Bezug zu nehmen, um ein Bild von den kolonialen Verwaltungsmethoden Deutschlands, von den grausamen Unterdrückungen, den willkürlichen Zwangsbeitreibungen und den verschiedenen Formen der Zwangsarbeit zu erhalten, die weite Strecken in Ostafrika und Kamerun entvölkert haben, ganz zu schweigen von dem aller Welt bekannten tragischen Schicksal der Hereros in Südwestafrika.“

Deutschlands Versagen auf dem Gebiete der kolonialen Zivilisation ist zu deutlich zutage getreten, als daß die alliierten und assoziierten Mächte ihre Hand zu einem zweiten Versuche bieten und die Verantwortung dafür übernehmen könnten, dreizehn bis vierzehn Millionen Eingeborener von neuem einem Schicksal zu überlassen, von dem sie durch den Krieg befreit worden sind.

Außerdem haben die alliierten und assoziierten Mächte es für notwendig erachtet, ihre eigene Sicherheit und den Frieden der Welt gegen einen militärischen Imperialismus zu sichern, der darauf ausging, sich Stützpunkte zu schaffen, um gegenüber den anderen Mächten eine Politik der Einmischung zu verfolgen.“

Soweit die Mantelnote! In der Tat, meine Damen und Herren, es ist ein starkes Stück, soviel Ungerechtigkeit und Unwahrheit einem Dokument einzuverleiben, das die ganze Welt liest! Wir aber dürfen nicht aufhören und nicht ermüden, diese uns moralisch ächtende Begründung für die Wegnahme unserer Kolonien und für die einseitig egoistische Anwendung der idealen Gedanken eines Völkerbundes und des Mandat-systems an sich zu bekämpfen. Ich habe ein großes persönliches Interesse daran, diese Unrichtigkeiten klarzustellen. Denn die Vorwürfe, ein militärisches Deutschland habe in brutaler Gewaltherrschaft die von ihm unterjochten Eingeborenen mißhandelt und sei auf Schaffung von Stützpunkten zur Bedrohung anderer Nationen ausgegangen, treffen mich und meine Amtsvorgänger in allererster Linie. Ich bin es den mir früher unterstellten Beamten und Offizieren, allen Kolonialdeutschen, deren Interessen ich zu vertreten hatte, mir selber und dem deutschen Volke, dem wegen der behaupteten Verfehlungen der Kolonialverwaltung sein Kolonialbesitz genommen ist, schuldig, in diesem Kampfe nicht zu erlahmen.

Es kann heute nicht meine Aufgabe sein, im einzelnen die vielen Unrichtigkeiten der vorgelesenen Note nachzuweisen. Nur einiges Wenige lassen Sie mich darüber sagen. Wo ist Deutschland in seinen Kolonien militaristisch vorgegangen? Erinnern Sie sich, bitte, wie vorsichtig Fürst Bismarck gehandelt hat, stets darauf bedacht, bestehende Ansprüche zu achten. Erst der Kaufmann, dann der Soldat, das war sein und seiner Nachfolger oberster Grundsatz. Im Vertrauen auf die Bestimmungen der Kongo-Akte hatte man in keiner unserer Kolonien militärische Vorbereitungen getroffen. Keinerlei Befestigungen waren vorhanden, die zur Verteidigung gegen Angriffe europäischer See- oder Landstreitkräfte geeignet gewesen wären,

geschweige denn als Basis für Angriffszwecke hätten dienen können. Die Stärke unserer Schutz- und Polizeitruppen war denkbar niedrig gehalten. Wir können uns auf die Richtigkeit dieser Angaben, auf die Berichte der unsere Kolonien verwaltenden Mandatarstaaten an den Völkerbund berufen, in denen unumwunden das Fehlen jeder militärischen Einrichtung zugestanden wird. Die Truppenkontingente, die die Mandatarstaaten in unseren Kolonien unterhalten, sind durchweg höher als zu unserer Zeit. Wer ist es also, der die Kolonien militarisiert, so daß die anderen Staaten die für die weiße Rasse gefährliche Entwicklung mit Angst und Schrecken verfolgen? Nicht wir!

Brutale Unterdrückung und Mißhandlung der unterjochten Eingeborenen wirft man uns vor. Niemals haben wir einen Hehl daraus gemacht, daß bei uns, wie in allen anderen Ländern, in den kolonialen Kinderjahren Fehlgriffe vorgekommen sind. Solche Verfehlungen aber, so schreibt der Engländer Morel 1917, über die die Deutschen selbst keine Neigung haben, ein weißes Tuch zu decken, sind unbedeutend im Vergleich zu den erschütternden Rechtsfällen in anderen Staaten. Morel fährt fort: „Seien wir ehrlich und geben wir zu, daß es vollständig unmöglich sein würde, vor einem internationalen Gerichtshof eine Klage gegen die Ausübung der deutschen Souveränitätsrechte in Afrika mit der Begründung, daß Deutschland die Eingeborenen schlecht behandelt habe, erfolgreich zu erheben. Die Erhebung einer solchen Klage würde nicht nur ein schädliches und unwiderlegliches *tu quoque*, sondern auch die Anführung vieler britischer Stimmen, die die deutsche Verwaltung in Afrika loben, zur Folge haben.“

Das sind Morels Worte, eines Sachverständigen Zeugen aus dem Lande unserer Friedensgegner.

Oft genug haben mir britische Staatsleute im persönlichen Gespräch unumwunden ihre Bewunderung für unsere Leistungen auf kolonialem Gebiet ausgesprochen. Die Unrichtigkeit der gegnerischen Behauptungen erhellt am besten aus der beispiellosen Entwicklung, die unsere Schutzgebiete vor dem Kriege durchgemacht haben. Glauben Sie, daß man mit einseitiger Ausbeutungspolitik einen solchen Aufschwung erzielt? Das ist nur zu erreichen durch ein inniges, friedliches Zusammenarbeiten der Eingeborenen mit einem Schutzherrn, zu dem sie in vollem Vertrauen emporsehen. Wo in aller Welt haben je brutal unterdrückte Völker jahrelang Seite an Seite mit ihren Unterdrückern gekämpft, wo es ihnen ein leichtes gewesen wäre, zum Gegner überzugehen? Kennen Sie aus der Kolonialgeschichte

auch nur ein Beispiel, daß brutal unterdrückte Völker ihren Unterdrückern sogar in die Gefangenschaft gefolgt sind? Daß die Behauptungen von Deutschlands Unfähigkeit zu kolonisieren sich nicht aufrechterhalten lassen, sehen jetzt auch unsere Gegner ein, wenn sie überhaupt jemals daran ernstlich geglaubt haben. Der Premierminister der südafrikanischen Union hat kürzlich einer Abordnung von Deutschen aus Südwestafrika gegenüber erklärt, daß er die außerordentliche Leistung der deutschen Kolonisation anerkenne und zu würdigen wisse und daß man in Südafrika auf die Darstellungen des Blaubuchs über die deutschen Kolonisations-Methoden nicht mehr zurückgreifen werde. Damit hat Smuts die Unwahrhaftigkeit dieses Dokuments, auf dem die Versailler Entscheidung über die deutschen Kolonien fußt, an den Pranger gestellt! Der südafrikanische Staatsmann ist in seinen uns günstigen Feststellungen aber noch weiter gegangen. Bei den Verhandlungen, die im Oktober v. J. zwischen Smuts und einer deutschen Regierungskommission stattfanden, hat Smuts in einem Schreiben an diesen Regierungsvertreter folgendes gesagt: „Die Deutschen, die sich zu verschiedenen Zeiten in verschiedenen Teilen der Union niedergelassen haben, bilden die wertvollsten Teile der südafrikanischen Bevölkerung. Ich bin sicher (Smuts), daß die Deutschen in Südwestafrika, deren erfolgreiches und gewissenhaftes Wirken in dem Mandatsgebiet ich sehr hoch schätze, an der Aufrichtung einer dauerhaften europäischen Zivilisation auf dem afrikanischen Kontinent, die die Hauptaufgabe der Union ist, kräftig mitarbeiten werden.“

Meine Damen und Herren, so spricht ein Staatsmann von der Bedeutung Smuts, dessen wohldurchdachte Reden im Krieg bei Freund und Feind Anerkennung gefunden haben. Und niemand in England hat ihn ob seines günstigen Urteils über die Kolonialfähigkeiten der Deutschen Lügen gestraft! Wie in Südwest, so haben wir uns in den anderen deutschen Kolonien verhalten. Wir dürfen es mit Stolz sagen: Nirgends in tropischen Ländern ist mehr für das Wohl der Eingeborenen geschehen als bei uns! Vergleichen wir auf Grund der Berichte der Mandatarstaaten an den Völkerbund die jetzigen Zustände mit den früheren, so müssen wir mit großem Bedauern für die Eingeborenen die Feststellung machen, daß jetzt auf kulturellem Gebiete, auf dem Gebiete des Gesundheitswesens, des Schulwesens, des Forstwesens, des landwirtschaftlichen Versuchswesens nicht entfernt das geleistet wird, was wir geleistet haben. Es kann

dies auch gar nicht geleistet werden, weil, wie es immer wieder in den Berichten heißt, den Mandatarstaaten das erforderliche Personal fehlt! Meine Damen und Herren, wir haben das Personal, bei uns wird auch ohne Kolonien weitergearbeitet zum Wohle der Eingeborenen. Das zeigt die glänzende Erfindung des Mittels gegen Schlafkrankheit und Tierseuchen, Germanin, Bayer 205, das für das tropische Afrika ungeahnte Wirkungen haben wird und das die deutsche Wissenschaft den unglücklichen Opfern der Seuche darbietet. An solchen Tatsachen kann die Welt nicht achtlos vorübergehen. Die Vorwürfe der feindlichen Mantelnote sind zu erklären aus der Kriegspsychose des Jahres 1919. Sie sind Folgen einer während des Krieges für nötig gehaltenen und nach Kriegsmoral meinetwegen erlaubten Propaganda. Im Frieden aber ist kein Raum für solches Gebahren. Die Vorwürfe zerfließen in nichts.

Steht die Begründung für die einseitige Anwendung des Mandatensystems auf die früher deutschen Kolonien auf tönernen Füßen, so steht auch die Art und Weise der Durchführung des Mandatgedankens mit den Grundsätzen eines wahrhaften Völkerbundes in Widerspruch. Meine Damen und Herren, der Völkerbund in seiner jetzigen Form ist aber kein unparteiischer Areopag. Er gleicht mehr einer Gläubigerversammlung gegen Deutschland, er ist ein Instrument in der Hand der Siegerstaaten, um die Bestimmungen des Versailler Diktats gegen uns durchzuführen. Und doch soll nach Wortlaut und Sinn der Völkerbundsatzungen der Völkerbund die Vormundschaft über die Eingeborenen der früheren deutschen Schutzgebiete übernehmen. Er hat nämlich diejenigen Staaten, die in seinem Namen diese Vormundschaft ausüben sollen, zu bestimmen und zu beaufsichtigen. Der Völkerbundsrat hat aber niemals diese Souveränitätsrechte für sich in Anspruch genommen, er hat die Bestimmung der Mandatarmächte den alliierten und assoziierten Hauptmächten überlassen und für sich nur ein zur leeren Form herabgedrücktes allgemeines Aufsichtsrecht über die Mandatsverwaltungen vorbehalten.

Nein, meine Damen und Herren, das ist nicht der Völkerbund, wie die Welt ihn braucht, nicht die Organisation, die mir bei der supranationalen Verwaltung Afrikas vorgeschwebt hat. Die große Idee des Völkerbundes ist die Zusammenfassung der Staatenwelt zu einer politischen Organisation der Kulturwelt. Bismarck hat 1884 auf der Kongokonferenz die Anfänge hierfür geschaffen. Dieser Gedanke einer das Recht verwaltenden Organisation der menschlichen Gesellschaft, den Kant als das letzte Ziel der Menschheit

bezeichnet hat, bleibt wahr. Wir haben uns zur Mitarbeit an diesem großen, einem wahren Völkerfrieden dienenden Kulturwerk bereit erklärt und wir erhoffen alle einen solchen Frieden. Gerade jetzt versuchen wir wieder einmal, uns diesem ersehnten Frieden zu nähern. Es wäre zu wünschen, wenn mit der Regelung der europäischen Angelegenheiten auch eine Neuregelung der afrikanischen Verhältnisse verbunden werden könnte. Denn ein dauerhafter europäischer Friede ist unvereinbar mit dem Ausschluß Deutschlands von der größten natürlichen Reserve an tropischen und subtropischen Stoffen.

Meine Damen und Herren, eine Besserung für uns muß kommen, und sie wird kommen, denn ich glaube an den Sieg der Wahrheit und des Rechts. Deutschlands Anteil an der Erschließung Afrikas, seine Leistungen auf kolonialen Gebiete sind zu groß, als daß es dauernd von der gemeinsamen Kulturarbeit der europäischen Staaten in Afrika ausgeschlossen werden könnte. Unsere Aufgabe aber muß es inzwischen sein, den kolonialen Gedanken im Volke wachzuhalten, ihn zu hegen und pflegen, damit, wenn der ersehnte Zeitpunkt kommt, unser Volk zum Werke bereit ist.

Und wenn an die Bürger dieser Stadt, wenn an die Hanseaten zum zweiten Male der Ruf ergehen wird, Pionierarbeit für Deutschlands Kolonialsache zu leisten, Sie alle werden, meine Herren, dessen bin ich sicher, diesem Rufe willig folgen. Mehr als je gehört jetzt und in Zukunft unsere ganze Kraft dem Volke und dem Vaterlande.

Also meine Damen und Herren: Per aspera ad astra.